

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Konjunktur in Deutschland mit weniger Schwung

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (2001) : Konjunktur in Deutschland mit weniger Schwung, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 375-389

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur in Deutschland mit weniger Schwung

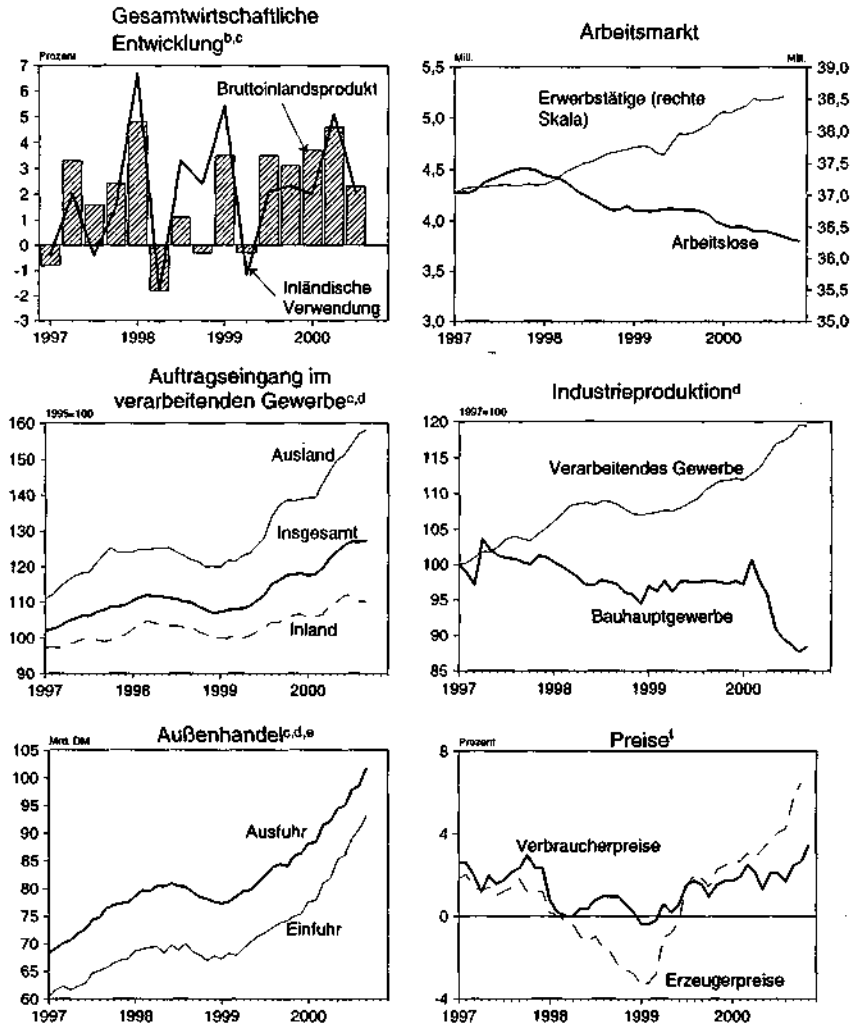
Von Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt und Hubert Strauß

Die deutsche Wirtschaft hat den konjunkturellen Höhepunkt überschritten. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im zweiten Halbjahr 2000 nur noch mit einer Rate zu, die etwa der des Potentialwachstums entspricht. Diese Abschwächung kommt nicht überraschend, denn es war abzusehen, dass die geldpolitische Straffung Wirkung zeigen würde und dass sich die konjunkturelle Dynamik der Weltwirtschaft nach den sehr kraftvollen Zuwächsen im vergangenen und im laufenden Jahr verringerte. Im Herbst machte sich zudem das starke Anziehen der Energiekosten als retardierendes Element bemerkbar. Trotz dieser dämpfenden Effekte ist eine ausgeprägte zyklische Schwäche nach unserer Auffassung in den konjunkturellen Rahmenbedingungen nicht angelegt. Vom monetären Umfeld gehen zwar mittlerweile keine Anregungen auf die deutsche Konjunktur mehr aus; es ist aber auch nicht restriktiv. Für den Ölpreis rechnen wir für 2001 mit einem Niveau deutlich unter der 30 US-Dollar-Marke. Schließlich wird die Konjunktur im kommenden Jahr durch die Senkung der Einkommensteuersätze deutlich angeregt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte im dritten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 2,3 Prozent (Schaubild 1) nach 3,8 Prozent im ersten Halbjahr. Dabei erhöhte sich die Produktion im verarbeitenden Gewerbe weiter zügig. Die Bauproduktion ging abermals zurück, jedoch nicht so stark wie im Frühjahr. Erheblich schwächer als im Vorquartal nahm die Wertschöpfung im Bereich Handel und Verkehr zu. Insgesamt reflektieren die sektoralen Unterschiede eine konjunkturelle Lage, in der die Impulse vor allem von der Auslandsnachfrage und der hohen Investitionsnachfrage kamen. Die privaten Konsumausgaben wurden dagegen kaum ausgeweitet; aufgrund der gestiegenen Energiepreise stagnierten die real verfügbaren Einkommen.

Für das Schlussquartal 2000 zeichnet sich eine weitere Verlangsamung des konjunkturellen Fahrttempo ab. Die Industrieproduktion war im Oktober rückläufig. Die Auftragsgänge im verarbeitenden Gewerbe stagnieren auf dem Niveau vom Sommer, und die Bauaufträge und -genehmigungen deuten auf einen fortgesetzten Rückgang der Bauproduktion hin. In diesem Umfeld hat sich das Geschäftsklima kontinuierlich eingetrübt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert, doch schwächte sich bei nachlassender konjunktureller Dynamik das Tempo des Arbeitsplatzaufbaus etwas ab. Die Arbeitslosenquote lag im November mit 9,3 Prozent um mehr als einen Prozentpunkt unter ihrem Vorjahresstand. Die Lebenshaltungskosten nahmen nach einer deutlichen Beschleunigung im dritten Quartal zuletzt etwas langsamer zu. Maßgeblich hierfür war, dass es zu keinem weiteren Preisschub beim Rohöl kam.

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland

^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^c Real – ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Itd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, eigene Berechnungen.

Monetäre Rahmenbedingungen bleiben neutral

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich trotz der Leitzinserhöhung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Oktober nicht weiter verschlechtert. Der Dreimonatszins lag Anfang Dezember mit 4,9 Prozent nur geringfügig höher als

vor der Leitzinserhöhung. Die längerfristigen Finanzierungskosten haben sich kaum verändert. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen war mit 5,0 Prozent sogar niedriger als drei Monate zuvor. Die Bankenzinsen haben auf den jüngsten Zinsschritt der EZB ebenso wie auf die vorherigen nur wenig reagiert. So lagen die Zinsen für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke mit zehnjähriger Laufzeit mit 6,7 Prozent ungefähr auf ihrem Niveau im Frühjahr. Nochmals zugenommen haben die anregenden Impulse durch den Wechselkurs: Im Durchschnitt des vierten Quartals dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland gegenüber dem Vorquartal um mehr als 1 Prozent verbessert haben (Tabelle 1). Alles in allem wirkt das monetäre Umfeld weiter neutral auf die deutsche Konjunktur.

Tabelle 1: Rahmendaten der Konjunkturprognose 2000 und 2001

	2000				2001			
	1. Q.	2. Q.	3. Q. ^a	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Geldmenge M3, Euroland ^{c,d}	7,2	5,2	4,1	4,5	5,0	5,0	5,0	5,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,5	4,2	4,7	5,0	5,0	5,0	4,9	4,8
Rendite von Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit	5,5	5,3	5,3	5,1	5,0	4,9	4,8	4,6
Tariflohnindex ^{e,f}	1,7	2,0	2,3	2,3	2,0	2,0	2,1	2,3
Wechselkurs US-\$/Euro	0,99	0,93	0,91	0,86	0,87	0,89	0,91	0,93
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^g	93,4	91,3	90,5	89,3	89,4	89,8	90,2	90,4
Industrieproduktion im Ausland ^{d,h}	2,7	6,8	3,4	3,2	2,3	2,8	2,9	2,1
Rohölpreis ⁱ	26,9	26,7	31,1	31,5	32,0	26,5	25,0	25,5

^a Teilweise geschätzt. – ^b Prognose. – ^c Saisonbereinigter Index. – ^d Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – ^e Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^f Auf Stundenbasis. – ^g Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^h In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – ⁱ US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2000), EZB (2000), OECD (2000), eigene Schätzungen und Prognosen.

Für das Jahr 2001 erwarten wir keine Zinsschritte durch die EZB. Zwar wird sich die Konjunktur im Euroraum abschwächen, doch bleibt der Preisauftrieb immer noch recht hoch (Gern et al. 2000). Das Niveau der langfristigen Zinsen dürfte angesichts der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik etwas sinken. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar unterstellen wir eine leichte Aufwertung. Insgesamt werden die monetären Rahmenbedingungen die Konjunktur im kommenden Jahr weder anregen noch dämpfen.

Finanzpolitik stützt die Konjunktur

Die Finanzpolitik war im Jahr 2000 geprägt durch Einsparmaßnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden. Deren Ausgaben insgesamt dürften zwar um 2 Prozent gestiegen sein;¹ ohne den zusätzlichen Zuschuss des Bundes an die Rentenversicherung, der eine Beitragssatzsenkung ermöglicht hat, ergibt sich aber eine Zunahme der Ausgaben um nur 1,5 Prozent. Die Ausgaben des Staates (einschließlich Sozialversicherung) fielen um 2,1 Prozent höher aus als im Jahr 1999.

Im Jahr 2001 wird die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand (vgl. auch Kasten 1) nicht konjunkturdämpfend wirken. So dürften die Personalausgaben etwas beschleunigt expandieren (2000: 0,3 Prozent). Das Wohngeld, das Erziehungsgeld sowie die Leistungen nach dem BAföG werden aufgestockt, erhöhte Aufwendungen der Wohngeld- und BAföG-Empfänger für die Heizkosten werden teilweise erstattet. Die Ausgaben für Bildung und Forschung und für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienennetz) werden deutlich ausgeweitet. Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik werden im Jahr 2001 trotz sich weiter verbessernder Arbeitsmarktlage wohl nur wenig reduziert. Die Altersrenten werden Anfang Juli 2001 um fast 2 Prozent angehoben (Juli 2000: 0,6 Prozent); die gesamten Ausgaben für Renten dürften im Jahr 2001 um 3,3 Prozent steigen.

Kasten 1: Hoher Budgetüberschuss im Jahr 2000 — Konsolidierung gefährdet

Bund, Länder und Gemeinden zusammen werden im Jahr 2000 einen Budgetüberschuss in Höhe von rund 50 Mrd. DM erzielen. Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird mit 59,7 Prozent zwar erstmals seit 1996 unter dem Referenzwert nach dem Vertrag von Maastricht liegen, er wird aber vergleichsweise hoch bleiben, weil zwei Drittel der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen erst zu Jahresbeginn 2001 dazu verwendet werden, Schulden zu tilgen. Dies trägt dazu bei, dass die Schulden des öffentlichen Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr trotz eines hohen Budgetdefizits auf 58 Prozent abnehmen. Das Budgetdefizit in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte sich im Jahr 2001 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 2 Prozent belaufen.

Nachdem die Ausgaben des Staates über mehrere Jahre hinweg langsamer als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen waren, ist der Konsolidierungsprozess ins Stocken gekommen. Die Ausgaben dürften sich im Jahr 2001 trotz der hohen Auslastung des Produktionspotentials im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf 47,8 Prozent belaufen; im Jahr 1998 hatten sie 48,6 Prozent, zwei Jahre zuvor 50,2 Prozent betragen. Konjunkturbereinigt hat sich die Relation der Ausgaben seit 1998 nicht verändert. Will die Bundesregierung ihre finanzpolitischen Ziele erreichen, so sind neue Anstrengungen, den Ausgabenanstieg zu verringern, erforderlich, zumal das Sparpaket des Bundes Ausgabenkürzungen in Höhe von nur 20 und nicht – wie angestrebt – 30 Mrd. DM bewirkt hat.²

² Zu Ausmaß und Wirkungen des Sparpakets vgl. Boss et al. (1999).

¹ Die Erlöse des Bundes aus der Versteigerung der neuen Mobilfunklizenzen, die nach den Konventionen der VGR als negative Ausgaben (Nettoabgang an inmateriellen Wirtschaftsgütern) verbucht werden, sind dabei nicht berücksichtigt.

Die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) hat sich im Jahr 2000 nicht geändert. Im kommenden Jahr werden Unternehmen und Haushalte deutlich entlastet. Die Reform der Unternehmensbesteuerung mindert das Aufkommen um 16 Mrd. DM. Die Einkommensteuersenkung beträgt 29 Mrd. DM; Arbeitnehmer profitieren darüber hinaus davon, dass eine so genannte Entfernungspauschale eingeführt wird (1 Mrd. DM). Allerdings werden die Mineralölsteuer und die Stromsteuer abermals erhöht (5 Mrd. DM). Der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung wird zum Jahresbeginn 2001 um 0,2 Prozentpunkte reduziert (3 Mrd. DM). Alles in allem werden die Abgaben um 44 Mrd. DM gesenkt; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 1,1 Prozent. Die Abgabenquote wird sich auf 41,8 Prozent belaufen.

Das strukturelle Budgetdefizit des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2001 um rund einen Prozentpunkt zunehmen. Bei der Berechnung sind die Effekte der Versteigerung der Mobilfunklizenzen auf den Budgetsaldo ausgeschaltet worden: Infolge der Auktion sind im Jahr 2000 Einnahmen in Höhe von 99,4 Mrd. DM entstanden, in den Jahren ab 2001 werden die Ausgaben und die Einnahmen des Staates sinken. Die Erlöse aus der Versteigerung mindern die Schulden und führen dauerhaft zu einer Zinsersparnis; sie wird 7 Mrd. DM je Jahr betragen. Zu Steuermindereinnahmen kommt es, weil die Aufwendungen für den Lizenzerwerb als Abschreibungen geltend gemacht werden; die Mindereinnahmen dürften sich auf 2 Mrd. DM je Jahr belaufen. Der Budgetsaldo nimmt im Jahr 2001 infolge der Auswirkungen der Versteigerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – um 2,4 Prozentpunkte ab.

Weniger Anstöße aus dem Ausland

Die deutsche Exportwirtschaft blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurück. Obgleich die Dynamik derzeit etwas nachlässt, werden die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen im Durchschnitt des Jahres 2000 mit voraussichtlich 12,1 Prozent den größten Zuwachs seit der Wiedervereinigung erreichen. Nach der Jahresmitte verdichteten sich die Hinweise, dass Deutschland von der steigenden Importnachfrage der Ölförderländer profitiert; so haben sich die Lieferungen in die OPEC-Staaten, in die Russische Föderation sowie nach Norwegen deutlich belebt. Der Absatz in die übrigen Industrieländer mit Ausnahme Japans wurde dagegen nicht mehr so rasch gesteigert wie zu Jahresbeginn.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter wird bis weit in das kommende Jahr hinein günstig bleiben, nachdem der Euro gegenüber den Währungen der meisten ausländischen Konkurrenten in diesem Herbst nochmals an Wert verloren hat; die von uns erwartete Aufwertung wird die Ausfuhr erst im späteren Jahresverlauf dämpfen. Die Anstöße von der ausländischen Konjunktur werden 2001 schwächer ausfallen. So wird sich die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten in etwa halbieren, und in den Partnerländern des Euroraums wird die Produktion insbesondere in der zweiten Jahreshälfte eine ruhigere Gangart einschlagen (Gern et al. 2000). Dies kann von der höheren Nachfrage aus den OPEC-Ländern bei weitem nicht kompensiert werden. Unter diesen Bedingungen werden sich die Ausfuhrzuwächse kontinuierlich verringern. Für

den Jahresdurchschnitt 2001 rechnen wir mit einem Anstieg der realen Exporte von Waren und Dienstleistungen um 7,2 Prozent. Die Importnachfrage wird sich im ersten Halbjahr 2001 im Zuge der Belebung des privaten Verbrauchs vorübergehend beschleunigen, allerdings nur leicht, da die Exportunternehmen ihre Bestellungen ausländischer Vor- und Zwischenprodukte langsamer ausdehnen werden als zuletzt. Die realen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen werden ihr Vorjahresniveau um 7,5 Prozent übertreffen, nach 9,9 Prozent in diesem Jahr.

Die Einfuhrpreise haben sich im Jahr 2000 unter dem Eindruck kräftig anziehender Energiepreise und der anhaltenden Abwertung des Euro noch rascher verteuert als 1999. Der Preisschub war zuletzt zwar nicht mehr so groß, weil die Ölnotierungen nicht weiter gestiegen sind und der Euro nicht mehr gefallen ist, aber er gewinnt an Breite. So mussten die Konsumgüterproduzenten, die lange Zeit von Preiserhöhungen weitgehend verschont geblieben waren, im September 4 Prozent mehr für ihre Einfuhren bezahlen als ein Jahr zuvor, und die Investitionsgüterproduzenten meldeten einen Anstieg um knapp 3 Prozent. Im Winterhalbjahr wird sich der Preisauftrieb bei der Einfuhr insgesamt nur geringfügig abflachen, da die Verteuerung von Vorleistungen und Rohstoffen ihren vollen Effekt auf nachgelagerte Produktionsstufen bislang noch nicht entfaltet hat. Unter den hier getroffenen Annahmen, dass der Euro gegenüber dem Dollar im weiteren Verlauf des Jahres 2001 aufwertet und dass der Erdölpreis sinkt, wird der Anstieg der Einfuhrpreise jedoch nach und nach zum Stillstand kommen. Der Deflator der Importe wird sich wegen seines hohen Niveaus zu Jahresbeginn im Durchschnitt des Jahres 2001 allerdings nochmals kräftig erhöhen. Wir erwarten eine Rate von 4,1 Prozent, nach 7,3 Prozent in diesem Jahr. Der Deflator des Exports wird im Jahr 2001 trotz eines allmählich nachlassenden Preisauftriebs sein Niveau vom Vorjahr mit 3 Prozent deutlicher übertreffen als im Jahr 2000 (2,8 Prozent); die Exporteure werden zumindest einen Teil der stark gestiegenen Kosten für Vorleistungen zunächst noch auf die ausländischen Abnehmer überwälzen können.

Investitionsdynamik lässt nach

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im Verlauf dieses Jahres sehr kräftig zugenommen; im dritten Quartal übertrafen sie ihren Vorjahresstand um 10,3 Prozent. Die annualisierte Zuwachsrate lag sogar bei 15,1 Prozent. Für diesen kräftigen Anstieg dürften wohl die weniger großzügigen Abschreibungsregeln eine Rolle spielen, die ab Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten werden und die zu einem Vorziehen von Investitionen in dieses Jahr führen. Entsprechend schwächer wird die Nachfrage in der ersten Jahreshälfte 2001 ausfallen. Neben den veränderten steuerlichen Rahmenbedingungen werden auch die im Zuge der konjunkturellen Abschwächung nachgebenden Absatzerwartungen dazu beitragen, dass die Investitionen im kommenden Jahr in geringerem Tempo ausgeweitet werden. Hinzu kommt, dass höhere Kosten infolge gestiegener Energiepreise vermutlich nicht vollständig in Form höherer Preise weitergegeben werden können und stattdessen die Gewinne schmälern. Die Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterherstellern lassen bereits erkennen, dass der Höhepunkt der Investitionsdynamik wohl überschritten ist. Allerdings wirken die anhaltend

Tabelle 2: Entwicklung der realen Bauinvestitionen in Deutschland (Prozent) 1999–2001

	Gewicht in Prozent ^a	1999	2000 ^b	2001 ^b
Bauinvestitionen	100,0	0,5	-2,4	-1,0
Wohnbauten	57,4	-0,2	-3,4	-2,2
Nichtwohnbauten	42,6	1,4	-1,0	0,6
Wirtschaftsbauten	29,7	0,0	-1,8	0,0
Öffentliche Bauten	12,9	4,4	0,8	1,9

^a Anteil an den Bauinvestitionen im Jahr 1999. – ^b Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2000), eigene Schätzungen und Prognosen.

hohe Kapazitätsauslastung und die moderate Lohnpolitik, die die Ertragssituation der Unternehmen verbessert, stützend. Nach einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 9,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wird die Zuwachsrate im Jahr 2001 bei 5,8 Prozent liegen.

Die Bauinvestitionen sind in diesem Jahr deutlich zurückgegangen (Tabelle 2). Im dritten Quartal unterschritten sie ihren Vorjahresstand um rund 4 Prozent. Vor allem die Wohnungsbauinvestitionen gaben seit Beginn des Jahres kräftig nach. Hierfür war wohl die spürbare Absenkung der Einkommensobergrenzen bei der Eigenheimzulage zu Beginn dieses Jahres maßgeblich, die zu Vorzieheffekten geführt hatte. Die Auftrageingänge im Wohnungsbau gehen weiter zurück, während sich seit den Sommermonaten bei den Baugenehmigungen eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau abzeichnet. Berücksichtigt man, dass die Genehmigungen einen längeren Vorlauf vor der Produktion im Vergleich zu den Auftrageingängen haben, so wird die Talsohle bei den Wohnungsbauinvestitionen wohl erst im Verlauf des nächsten Jahres erreicht werden. Die Entwicklung bei den Wirtschaftsbauinvestitionen sieht etwas günstiger aus. In Westdeutschland sind die Baugenehmigungen in der Grundtendenz aufwärts gerichtet, dem steht allerdings ein anhaltender Rückgang in den neuen Bundesländern gegenüber. Insgesamt werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 2,4 Prozent zurückgehen; im nächsten Jahr verlangsamt sich der Rückgang auf 1,0 Prozent. Angesichts der schwachen Baukonjunktur bleibt der Preisauftrieb in diesem Bereich verhalten und dürfte in den Jahren 2000 und 2001 bei 0,7 beziehungsweise 0,2 Prozent liegen.

Konsumausweitung beschleunigt sich

Die Verbrauchskonjunktur blieb in diesem Jahr moderat. Nach einem kräftigen Anstieg im zweiten Quartal hat der private Verbrauch im dritten Quartal 2000 annähernd stagniert. Insbesondere die hohen Energiepreise sorgten der günstigen Konjunktur- und Arbeitsmarktlage zum Trotz für eine gedämpfte Stimmung unter den Verbrauchern. Auch die Einkommen entwickelten sich eher schwach: Zwar nahmen die Nettolöhne und -gehälter beschleunigt zu, die Betriebsüber-

schüsse und Selbständigeneinkommen gingen hingegen deutlich zurück. Entscheidend war allerdings der Kaufkraftentzug, der sich aus der Verteuerung von Energieträgern ergab. Im Jahresdurchschnitt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte real um lediglich 1,6 Prozent (nominal: 3,1 Prozent) expandieren; der reale private Konsum wird um 1,8 Prozent ausgeweitet werden.

Im kommenden Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter ähnlich stark steigen wie in diesem Jahr; aufgrund der steuerlichen Entlastungen wird den Arbeitnehmern netto jedoch wesentlich mehr an Entgelt zufließen. Bei den Transfereinkommen werden die Renten stärker als 2000 angehoben; auch die Empfänger von Wohngeld, Erziehungsgeld und BAföG haben höhere Leistungen zu erwarten. Unter Berücksichtigung der Teuerungsrate rechnen wir für das Jahr 2001 mit einer Zunahme der real verfügbaren Einkommen um 2,5 Prozent (nominal: 4,2 Prozent). Der kräftige Einkommenszuwachs und die Diskussion um die sozialen Sicherungssysteme dürften dazu führen, dass die Sparquote entgegen ihrem langfristigen Trend nicht weiter sinkt. Der Anstieg der realen privaten Konsumausgaben wird sich voraussichtlich auf 2,5 Prozent belaufen.

Preisaufrtrieb beruhigt sich

Die Verbraucherpreise sind bis zum Herbst dieses Jahres beschleunigt gestiegen. Im dritten Quartal erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung mit einer laufenden Jahresrate von 2,7 Prozent. Maßgeblich hierfür war die starke Verteuerung des Rohöls. Der Preisindex ohne Energieträger stieg mit einer laufenden Jahresrate von nur 1,1 Prozent. Im vierten Quartal hat sich der Preisaufrtrieb verlangsamt, da sich die Teuerungsimpulse von den Energieeinfuhren verringerten. Im Durchschnitt des Jahres 2000 werden die Verbraucherpreise um 1,9 Prozent höher sein als im Vorjahr.

Im nächsten Jahr wird sich der Preisaufrtrieb weiter abflachen. Zwar werden die Überwälzung der diesjährigen Ölpreisteigerungen in die Preise nachgelagerter Produkte sowie die dritte Stufe der Ökosteuer zum Jahresbeginn für Teuerungsimpulse sorgen. Im weiteren Verlauf des Jahres werden dann allerdings der Rückgang der Rohölnotierungen sowie die Aufwertung des Euro die tendenziell preistreibenden Wirkungen der hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung überkompensieren. Die Lebenshaltungskosten werden im Jahresdurchschnitt 2001 abermals um 1,9 Prozent über ihrem Vorjahresstand liegen.

Beschäftigungsanstieg nimmt ab

Der Anstieg der Beschäftigung, der im ersten Halbjahr 2000 außerordentlich kräftig gewesen war, verlangsamte sich nach der Jahresmitte. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2000 nur noch um monatlich gut 20 000 Personen zu, verglichen mit mehr als 50 000 Personen im ersten Halbjahr.² Dies war

² Trotz der Abschwächung im Verlauf übertraf die Erwerbstätigkeit ihren Vorjahresstand auch im dritten Quartal dieses Jahres noch um mehr als 550 000 Personen, wobei allerdings der vermehrte Einsatz von ausschließlich geringfügig Beschäftigten eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat (vgl. Boss et al. 2000: 281 f.).

sowohl auf eine Verringerung des konjunkturellen Fahrttempos als auch auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Seit Juli sind im Rahmen von Haushaltseinsparungen die Einberufungen von Zivildienstpflichtigen kontingentiert; dies hat den Zuwachs der Erwerbstätigkeit vorübergehend gebremst. Die registrierte Arbeitslosigkeit wurde hiervon allerdings nur wenig berührt, so dass deren Entwicklung gegenwärtig die konjunkturelle Situation am Arbeitsmarkt besser widerspiegelt. Sie zeigt, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im bisherigen Verlauf des Jahres kontinuierlich aufgehellt hat. Saisonbereinigt verringerte sich die registrierte Arbeitslosigkeit in der ersten Jahreshälfte um durchschnittlich 18 000 Personen je Monat, von Juli bis November um jeweils 20 000 Personen.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit beschränkt sich weiterhin auf die alten Bundesländer. In Ostdeutschland steigt die Beschäftigung zwar in der verarbeitenden Industrie, bei den unternehmensbezogenen Dienstleistern und einigen Bereichen der privaten Dienstleistungen; strukturelle Probleme insbesondere in der Bauwirtschaft führen aber nach wie vor zu einer sinkenden Gesamtbeschäftigung in den neuen Bundesländern. Obwohl der Arbeitsmarkt von der demographischen Seite zunehmend entlastet wird, verharrt die registrierte Arbeitslosigkeit auf sehr hohem Niveau, wobei gravierende Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche Rolle spielen.

Von der Lohnseite sind die Aussichten für eine Fortdauer der Beschäftigungsexpansion im kommenden Jahr günstig. Die Tarifabschlüsse der diesjährigen Lohnrunde waren moderat. Darüber hinaus bieten sie bis zum Frühjahr 2002 eine sichere Kalkulationsbasis für die Personalkosten. Obwohl in den richtungsweisenden Abschlüssen in der Chemie- und in der Metallindustrie vom März dieses Jahres die künftige Entwicklung der Inflationsrate ganz erheblich unterschätzt worden war, gab es keine „Nachschlagsdiskussion“. Auch spätere Abschlüsse wie der in der Textilindustrie von Ende September blieben innerhalb des durch die Frühjahrsverhandlungen vorgegebenen „Lohnkorridors“. So hat die Lohnpolitik nicht versucht, den durch die Verschlechterung der Terms of Trade erzwungenen Kaufkraftentzug durch höhere Lohnforderungen wettzumachen.³ Dies sowie die anhaltend gute Konjunkturlage dürften wesentlich dafür sein, dass gemäß der Herbstumfrage des DIHT der Anteil der Unternehmen, die Personalaufstockungen planen, den höchsten Stand seit dem Vereinigungsboom erreicht hat.

Trotz der moderaten Lohnpolitik rechnen wir damit, dass sich im kommenden Jahr das Tempo des Beschäftigungsanstiegs merklich verlangsamen wird, von durchschnittlich knapp 45 000 Personen je Monat in diesem Jahr auf gut 30 000 Personen je Monat im Jahr 2001. Dies ist zum einen auf die Abschwächung der

³ Ein Gegenbeispiel liefert die Lohnrunde 1974. Das Ölembargo der arabischen Staaten im Herbst 1973 löste einen ersten Ölpreisschock aus, dessen Folgen für die Inflationsrate von den Gewerkschaften aus Mangel an Erfahrungen weit über-, für die Konjunktur demgegenüber deutlich unterschätzt worden waren. So kam es zu einem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt des Jahres 1974 um knapp 13 Prozent, was bei einer Inflationsrate von nahezu 7 Prozent einer Reallohnzunahme um 6 Prozent entspricht. Die hieraus resultierende Gewinnkompression verstärkte den Arbeitsplatzabbau in der Rezession von 1974/75 maßgeblich. Diese Erfahrungen veranlassten die Tarifparteien beim zweiten Ölpreisschock 1980/81 zu einem sehr viel moderateren Abschluss (real 1,4 Prozent) (Schmidt 1994: 55 f.).

Konjunktur zurückzuführen; zum anderen wird die Regulierungsdichte auf dem deutschen Arbeitsmarkt wieder erhöht werden durch eine Reihe von Gesetzesvorhaben. Zu nennen sind hier ein gesetzlich geregelter Anspruch auf Teilzeitarbeit, die Ausweitung der Mitbestimmung auf der Betriebsratsebene sowie die geplanten Einschränkungen bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Neben den gesetzgeberischen Hindernissen beeinträchtigt offenbar ein zunehmender Mangel an qualifiziertem Personal den Beschäftigungsaufbau.

Im Jahr 2001 wird die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nur noch um knapp 440 000 Personen bzw. um 1,1 Prozent ansteigen im Vergleich zu fast 600 000

Tabelle 3: Arbeitsmarktbilanz für Deutschland 1997–2001^a

	1997	1998	1999	2000 ^b	2001 ^b
Gesamtdeutschland					
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 280	33 561	34 002	34 584	35 005
<i>Nachrichtlich:</i>					
Kurzarbeiter	183	115	119	88	84
Pendlersaldo	63	62	62	69	75
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 217	33 499	33 940	34 515	34 930
Selbständige ^c	3 914	3 979	3 940	3 949	3 965
Erwerbstätige (Inland)	37 194	37 540	37 942	38 533	38 970
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 385	4 279	4 099	3 890	3 602
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslosigkeit nach ILO-Konzept	3 888	3 687	3 428	3 248	3 012
Arbeitslosenquote ^d	10,6	10,2	9,8	9,2	8,5
Westdeutschland					
Erwerbstätige ^c	30 794	31 160	31 577	32 213	32 665
Registrierte Arbeitslose	3 021	2 904	2 755	2 530	2 262
Arbeitslosenquote ^f	8,9	8,5	8,0	7,3	6,5
Ostdeutschland					
Erwerbstätige ^c	6 400	6 380	6 365	6 320	6 305
darunter: BSM ^g	235	315	349	247	240
Registrierte Arbeitslose	1 384	1 375	1 344	1 360	1 340
Arbeitslosenquote ^f	17,6	17,7	17,4	17,7	17,5

^a 1000 Personen. – ^b Prognose. – ^c Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^d Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^e Arbeitsortkonzept. Eigene Schätzung in Anlehnung an Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit sowie an die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; vorläufig. – ^f Eigene Berechnung (Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus der Zahl der im jeweiligen Bundesland Beschäftigten und den registrierten Arbeitslosen mit Wohnort in diesem Bundesland (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept) – ^g BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d. h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); *Fachserie 1*, eigene Schätzungen und Prognosen.

Personen (1,6 Prozent) in diesem Jahr (Tabelle 3). Die Zunahme beschränkt sich ausschließlich auf die alten Bundesländer. In Ostdeutschland wird sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit deutlich abschwächen, zumal die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen voraussichtlich nicht wesentlich zurückgeführt werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im Jahr 2001 trotz der schwächeren Konjunktur um knapp 290 000 Personen abnehmen und damit stärker als in diesem Jahr (210 000 Personen). Ausschlaggebend hierfür ist zum einen, dass die demographische Komponente des Arbeitsangebots zunehmend rückläufig ist. Zum anderen liegt ihr die Erfahrung zugrunde, dass die Unternehmen erst im fortgeschrittenen Stadium des Beschäftigungsaufbaus mehr und mehr auf registrierte Arbeitslose zurückgreifen.

Ausblick: Nur vorübergehende Impulse von der Steuerreform

Zu Beginn des Jahres 2001 werden sich die Produktionszuwächse zunächst beschleunigen (Tabelle 4). Maßgeblich hierfür ist die Verringerung der Einkommensteuersätze, die zu einem kräftigen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte führt. Da außerdem die dämpfenden Wirkungen des Ölpreisanstiegs abnehmen, werden die privaten Konsumausgaben deutlich rascher steigen. Mit dem Ausklingen der fiskalischen Anregungen setzt sich ab dem Frühjahr die leicht abwärts gerichtete konjunkturelle Grundtendenz durch, und die

Tabelle 4: Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1999–2001^a

	1999				2000				2001			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Bruttoinlandsprodukt	3,5	-0,2	3,5	3,1	3,6	4,6	2,3	1,8	3,2	2,3	2,1	2,1
Private Konsumausgaben	6,2	-0,1	2,3	1,9	1,2	5,2	0,4	2,0	3,8	2,8	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	0,2	-2,2	1,8	-0,3	7,3	-0,6	-1,0	-1,2	2,3	2,0	2,2	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	9,5	-0,1	12,4	-3,4	29,9	2,4	15,1	8,2	4,1	4,1	5,1	3,2
Bauinvestitionen	6,8	2,7	7,6	-4,6	-5,0	-5,3	-0,5	-2,5	-0,6	-0,2	0,0	0,1
Sonstige Anlagen	25,4	14,5	10,1	14,8	9,5	5,1	3,7	12,6	6,1	6,1	6,1	6,1
Ausfuhr	1,9	17,0	12,8	12,3	15,5	11,4	11,1	9,0	6,1	7,6	6,3	4,1
Einfuhr	8,5	13,3	8,4	10,0	10,0	13,2	10,9	6,3	7,2	8,1	6,7	5,3
Letzte inländische Verwendung	5,4	-1,2	2,2	2,3	1,9	5,1	2,1	0,9	3,5	2,4	2,2	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^c	33 784	33 831	34 089	34 221	34 404	34 555	34 626	34 746	34 862	34 970	35 055	35 128
Arbeitslose ^c	4 109	4 106	4 111	4 067	3 955	3 920	3 872	3 806	3 680	3 635	3 577	3 505

^a In Preisen von 1995. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – ^b Prognose. – ^c Saisonbereinigt; in 1000 Personen.

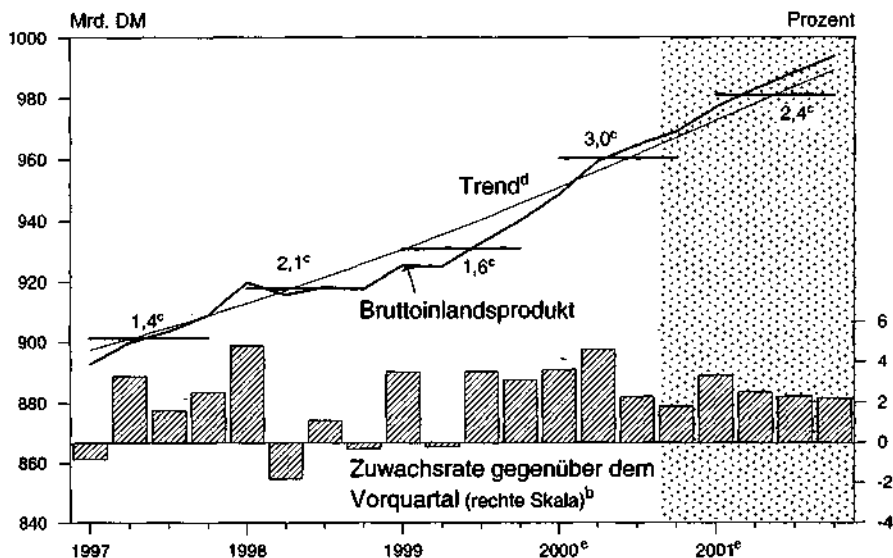
Quelle: Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 5: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998–2001

	1999	1998	1999	2000 ^a	2001 ^a
	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Private Konsumausgaben	2241,1	3,1	2,9	3,3	4,3
Konsumausgaben des Staates	738,0	1,3	2,2	1,9	2,2
Anlageinvestitionen	827,0	2,8	2,5	3,2	2,6
Ausrüstungsinvestitionen	310,4	9,4	5,8	10,3	7,0
Bauinvestitionen	475,1	-1,2	0,0	-1,8	-0,8
Sonstige Anlagen	41,5	8,7	8,9	6,5	4,9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	33,4	19,6	33,4	47,5	40,8
Ausfuhr	1141,6	7,0	4,5	15,3	10,5
Einfuhr	1104,0	6,6	6,7	17,9	11,9
Außenbeitrag (Mrd. DM)	37,6	57,5	37,6	16,0	7,7
Bruttoinlandsprodukt	3877,2	3,2	2,5	2,8	3,1
Bruttonationaleinkommen	3845,9	3,0	2,3	2,8	3,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Private Konsumausgaben	2132,1	2,0	2,6	1,8	2,5
Konsumausgaben des Staates	706,7	0,5	-0,1	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	838,8	3,0	3,3	2,7	2,2
Ausrüstungsinvestitionen	312,1	9,2	6,7	9,7	5,8
Bauinvestitionen	481,7	-1,0	0,5	-2,4	-1,0
Sonstige Anlagen	45,0	10,9	12,4	9,4	6,9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	21,0	15,0	21,0	31,8	41,1
Ausfuhr	1133,5	7,0	5,1	12,1	7,2
Einfuhr	1101,3	8,6	8,1	9,9	7,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	32,2	60,3	32,2	60,6	62,2
Bruttoinlandsprodukt	3730,7	2,1	1,6	3,0	2,4
Westdeutschland		2,3	1,7	3,2	2,4
Ostdeutschland (einschl. Berlin)		0,6	1,0	2,1	2,3
Bruttonationaleinkommen	3703,3	1,9	1,4	3,0	2,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1995=100					
Private Konsumausgaben	105,1	1,1	0,3	1,5	1,7
Ausrüstungsinvestitionen	99,5	0,2	-0,8	0,6	1,2
Bauinvestitionen	98,6	-0,2	-0,5	0,7	0,2
Sonstige Anlagen	92,4	-2,0	-3,1	-2,7	-1,9
Ausfuhr	100,7	0,0	-0,5	2,8	3,0
Einfuhr	100,2	-1,8	-1,3	7,3	4,1
Bruttoinlandsprodukt	103,9	1,1	0,9	-0,2	0,7
Einkommensverteilung	Mrd. DM				
Volkseinkommen	2060,3	2,9	1,4	2,7	2,8
Arbeitnehmerentgelt	2871,2	1,9	2,4	3,2	2,6
in Prozent des Volkseinkommens		71,0	71,8	72,1	72,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	810,9	5,2	-1,2	1,3	3,4
Lohnstückkosten, real ^b		-1,2	-0,3	0,3	-0,3
Produktivität ^c		1,5	-1,5	1,1	0,5
Arbeitslose (Tsd.)		4 279	4 099	3 890	3 602
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,2	9,8	9,2	8,5
Erwerbstätige ^d (Tsd.)		37 540	37 942	38 533	38 970
Finanzierungssaldo des Staates in Mrd. DM		-77,8	-55,0	49,3	-83,0
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-2,1	-1,4	1,2	-2,0
Schuldenstand ^e		60,7	61,1	59,7	58,0
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)		-8,0	-35,5	-52,5	-70,0

^a Prognose. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ^d Inlandskonzept. – ^e In Relation zum Bruttoinlandsprodukt, Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2000), Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000), eigene Schätzungen und Prognosen.

Schaubild 2: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – ^b Auf Jahresrate hochgerechnet. – ^c Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^d Berechnet mit Hilfe eines Hodrick- Prescott-Filters. – ^e Ab 2000 IV Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, eigene Berechnungen und Prognosen.

Kapazitätsauslastung nimmt etwas ab. Die Impulse vom Export werden sich weiter verringern. Die Ausrüstungsinvestitionen werden aufgrund der weniger günstigen Abschreibungsregeln und eingetrübter Absatzerwartungen verlangsamt expandieren. Vor dem Hintergrund der fortdauernden Ausweitung der Beschäftigung sowie wieder sinkender Energiepreise dürften die Zuwächse bei den privaten Konsumausgaben auch in der zweiten Jahreshälfte kräftig bleiben. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4 Prozent zunehmen, nach 3 Prozent im Jahr 2000 (Tabelle 5, Schaubild 2).

In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 2000 verhalten entwickelt; mit 1,6 Prozent nahm sie nicht einmal halb so stark zu wie in Westdeutschland. Wir rechnen allerdings damit, dass der Produktionsanstieg im zweiten Halbjahr höher ausfällt, da die Tal-fahrt der Bauwirtschaft etwas gebremst wird. Insgesamt wird die ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2000 mit 2,1 Prozent, im Jahr 2001 mit 2,3 Prozent und damit ähnlich wie die westdeutsche expandieren. Das verarbeitende Gewerbe bleibt Konjunkturmotor, wenn auch die Produktion im kommenden Jahr etwas langsamer steigt als in diesem.

Summary

German Production Growth With Less Momentum

The German economy has passed the cyclical peak. Aggregate production only increased at a rate close to that of potential output in the second half of 2000. This slowdown has not come as a surprise. It could be expected that monetary restraint would be effective and that the world economy would lose momentum after the strong growth in the previous and in the current year. In autumn, the sharp increase in energy costs was felt as an additional retarding element.

Despite these dampening effects, the economic environment in our view is not such that a sharp cyclical downturn is on the way. Monetary conditions, while no longer spurring activity, are not restrictive. The oil price is expected to lie below the 30 US-dollar threshold in 2001. Finally, fiscal policy will become expansionary next year when significant tax cuts for private households and firms come into force.

Real GDP expanded at an annual rate of 2.3 percent in the third quarter, following 3.8 percent in the first half of the year. Output in manufacturing continued to increase forcefully. The construction sector contracted once again, although at a slower pace than before. Value added in the retail and wholesale trade sector was considerably below its level in the previous quarter. Overall, the sectoral differences reflect a cyclical situation in which most impulses came from foreign demand and from investment. Private consumption expenditure, in contrast, did not increase; real disposable incomes of private households stagnated as a result of the energy price hike.

For the final quarter of the year, a further slight slowdown is foreseeable. Industrial production fell in September and in October. Orders to manufacturing have been stagnating at their level from the summer and construction orders and building permits point to a further fall of construction activity. Given this environment, the business climate has been deteriorating continuously.

Outlook: Only Temporary Impulses From Tax Reform

At the beginning of 2001, production growth will accelerate temporarily. The reason is that private households' real disposable incomes increase significantly as a consequence of lower income tax rates. The overall effect of the tax reductions for households and firms amounts to 1.1 percent of GDP. Since in addition the dampening effects of the oil price are reduced, private consumption expenditure will grow considerably faster. As the fiscal stimulus fades out growth rates will fall and capacity utilization will be reduced somewhat. Export growth will slow down further. Investment in machinery and equipment will expand less forcefully due to tighter depreciation rules and bleaker export perspectives. Private consumption growth, however, will remain strong in the second half of the year given that employment continues to increase and energy prices fall. Real GDP will increase by 2.4 percent, following 3 percent in 2000.

Literaturverzeichnis

- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999). Aufschwung mit geringer Dynamik. *Die Weltwirtschaft* (4): 421–440.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (2000). Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt. *Die Weltwirtschaft* (3): 267–288.
- Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Ämtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2000). *Monatsberichte*. November. Frankfurt am Main.
- (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht* 4. November. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2000). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, J. Scheide und H. Strauß (2000). Abkühlung der Konjunktur in den Industrieländern. *Die Weltwirtschaft* (4), in Vorbereitung.
- OECD (2000). *Main Economic Indicators*. November. Paris.
- Schmidt, R. (1994). *Tariflohnbestimmung im IfW-Modell für Westdeutschland 1966–1993*. Kieler Studien 266. Tübingen.
- Statistisches Bundesamt (2000). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000). *Bruttoinlandsprodukt in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995*. Stuttgart.